

A5

# Antrag

## 1. Landesmitgliederversammlung 2025, GRÜNE JUGEND Sachsen 22.-23. März, Flöha

**Initiator\*innen:** Landesmitgliederversammlung (dort beschlossen am:  
22.03.2025)

**Titel:** **Faschismus mit sozialgerechter  
Wirtschaftspolitik bekämpfen**

---

### Antragstext

1 Seit 2017 liegt der Reallohnindex unterhalb des Verbraucherpreisindex. Die  
2 Preise steigen schneller als die Löhne. Die Mieten in deutschen Großstädten  
3 fressen das Einkommen auf. Seit dem Ausbruch des russischen Angriffskriegs in  
4 der Ukraine und die daraus resultierenden Preisspitzen am Anfang der  
5 Wertschöpfungskette ist sukzessive eine Verkäuferinflation ins Rollen geraten.  
6 Diese hat dafür gesorgt, dass viele Produkte des alltäglichen Lebens spürbar  
7 teurer geworden sind. Längst befindet sich Deutschland, wie viele Länder auf der  
8 Welt, in einer Bezahlbarkeitskrise: Mieten, Lebensmittel, Strom, Heizkosten -  
9 alles ist in den letzten Jahren massiv teurer geworden.

10 In der Politik setzen Akteur\*innen nun ganz nach neoliberalen Ansatz auf den  
11 Markt. Es werden Steuergeschenke versprochen und darauf gehofft, dass die  
12 Unternehmen die durch Kostenschocks verursachte Preiserhöhungen zurücknehmen  
13 oder dass Arbeitnehmer\*innen im Zuge der gestiegenen Gewinne mehr Lohn erhalten.  
14 Beides ist bisher nicht eingetreten. Die Reallöhne erholen sich nur langsam, die  
15 Preise für Konsumgüter sind anders als die Inflationsrate nicht wieder gesunken  
16 und viele Unternehmen haben 2023 und 2024 Rekordgewinne eingefahren. Der Markt  
17 ist eben kein Allheilmittel und sicherlich nicht die Lösung gegen hohe  
18 Lebenshaltungskosten. Marktfundamentalismus, wie er von neoliberalen  
19 Politiker\*innen immer noch praktiziert wird, muss hinterfragt werden, da er in

20 Krisenzeiten zu ineffizienten und sozial schädlichen Ergebnissen führt. Es  
21 braucht eine Wirtschaftspolitik des Staates, die sich stärker für die Interessen  
22 der großen Mehrheit einsetzt und dafür sorgt, dass die Reallöhne wieder stärker  
23 ansteigen und die Verbraucherkosten stagnieren. Es braucht eine  
24 Wirtschaftspolitik, die bei Kostenschocks schnell reagieren kann und sich traut,  
25 eine konsumentenfreundliche Preispolitik zu gestalten.

26 Die GRÜNE JUGEND Sachsen setzt sich daher dafür ein, dass folgende Positionen  
27 auf Bundesebene zur Beschlusslage werden:

### 28 **1. Preiskontrollen für Grundnahrungsmittel und Energie**

29 Der Staat hat die Verantwortung dafür zu tragen, dass es den Menschen gut geht,  
30 besonders in Krisenzeiten. Deshalb muss der Staat auch eine Preispolitik  
31 verfolgen, die sich, besonders bei Gütern des täglichen Bedarfs (z.B.  
32 Lebensmittel, Wohnen, Heizen), für die Interessen der Menschen, statt für die  
33 Interessen der Konzerne einsetzt. Bei Preisspitzen in der Wertschöpfungskette,  
34 die zu starken sektorübergreifenden Preisanstiegen führen, soll der Staat die  
35 Möglichkeit besitzen, die Preise gezielt festzulegen oder einzufrieren, um zu  
36 verhindern, dass Konzerne spekulativ die Preise übertrieben anziehen und  
37 gleichzeitig Rekordgewinne erzielen. So sollen unverhältnismäßig hohe  
38 Preisanstiege verhindert werden, damit das Leben auch in Krisenzeiten bezahlbar  
39 bleibt, die Macht von Konzernen über die Verbraucher\*innen beschränkt wird und  
40 keine Profite aus Krisen gemacht werden.

### 41 **2. Besteuerung von Krisengewinnen**

42 Wenn es zu einem Preisschock kommt, zum Beispiel wegen der kurzfristigen  
43 Verknappung einer gehandelten Ware, ist die erste Reaktion von Konzernen häufig  
44 diesen Preisschock direkt an die Verbraucher\*innen weiterzugeben. Was jedoch  
45 nicht weitergegeben wird: wenn die Produktionskosten für die Unternehmen nach  
46 dem Preisschock wieder sinken. Was übrig bleibt: hohe Verbraucher\*innenpreise  
47 und damit höhere Gewinne für Unternehmen. Diese Übergewinne, die die  
48 Verbraucher\*innen mit enormen Preisen belasten, begrenzt der Staat nicht und  
49 überlässt sie so ungeschützt der Gier. Dies lehnen wir ab. Der Staat sollte in  
50 solchen Momenten aktiv werden und die Übergewinne der Unternehmen, die nur  
51 krisenbedingt möglich sind, abschöpfen und an die Bevölkerung zurückgeben.

### 52 **3. Investitionen in soziale Infrastruktur und Daseinsvorsorge**

53 Die Mehreinnahmen, die durch das Abschöpfen von Übergewinnen und die konsequente  
54 Verfolgung von Finanzkriminalität erzielt werden, sollten nicht durch

55 Steuergeschenke oder Investitionsprämien an Unternehmen zurück ausgeschüttet  
56 werden. Stattdessen sollten sie gesellschaftlich umverteilt werden und allen  
57 zugute kommen. Daher fordern wir, diese Mehreinnahmen in unsere soziale  
58 Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge zu stecken, ob für besser  
59 ausgestattete Krankenhäuser oder kostenfreier und zugänglicher ÖPNV. Die Liste  
60 an Stellen wo das Geld besser aufgehoben wäre, als in den Taschen von Konzernen,  
61 ist lang.

62 Unsere Wirtschaftspolitik muss sich an den Bedürfnissen der Menschen  
63 orientieren, nicht an den Profitinteressen von Banken und Konzernen. Statt  
64 Wohlstand durch Steuergeschenke weiter nach oben zu verteilen, muss sie jenen  
65 zugutekommen, die mit ihrer Arbeit das Fundament unserer Gesellschaft schaffen.  
66 Neben konkreten Maßnahmen braucht es daher auch einen grundsätzlichen Wandel in  
67 der wirtschaftspolitischen Debatte: die deutsche Wirtschaftspolitik muss sich  
68 endlich von der blinden Marktgläubigkeit lösen und darüber diskutieren, wie der  
69 Staat in Krisenzeiten gezielt eingreifen kann – statt reflexartig  
70 Steuergeschenke an Unternehmen zu verteilen.

71 Gerade jetzt braucht es eine entschlossene antifaschistische Wirtschaftspolitik,  
72 die gegen Rechtsruck ökonomisch vorgeht!